

Entschließungsantrag

des Abgeordneten Dr. Hübner

und weiterer Abgeordneter

betreffend Nominierung des Präsidenten der Europäischen Kommission durch den Europäischen Rat für die Amtsperiode 2009 bis 2014

eingebraucht im Zuge der Debatte über die „Dringliche Anfrage der Abgeordneten Lunacek, Freundinnen und Freunde an den Herrn Bundeskanzler betreffend den dringend notwendigen ökologisch-sozialen Umbau Europas und die Unvereinbarkeit dieser Reformen mit einer zweiten Amtszeit von Kommissionspräsident Barroso sowie mehr Transparenz in der österreichischen Europapolitik“ in der 27. Sitzung des Nationalrates, XXIV. GP, am 17. Juni 2009

Da im Zuge des Europäischen Rates am 18. und 19. Juni 2009 unter anderem auch die Nominierung des neuen Präsidenten der Europäischen Kommission (EK) erfolgen soll, und die Zeichen dahin gehend stehen, dass der scheidende Kommissionspräsident José Manuel Barroso auch der neue Präsident werden soll, darf man sich die berechtigte Frage stellen, ob unter einer Neuauflage der EK-Präsidentschaft Barrosos der dringend nötige Richtungswechsel in der Politik der Europäischen Union erfolgen wird.

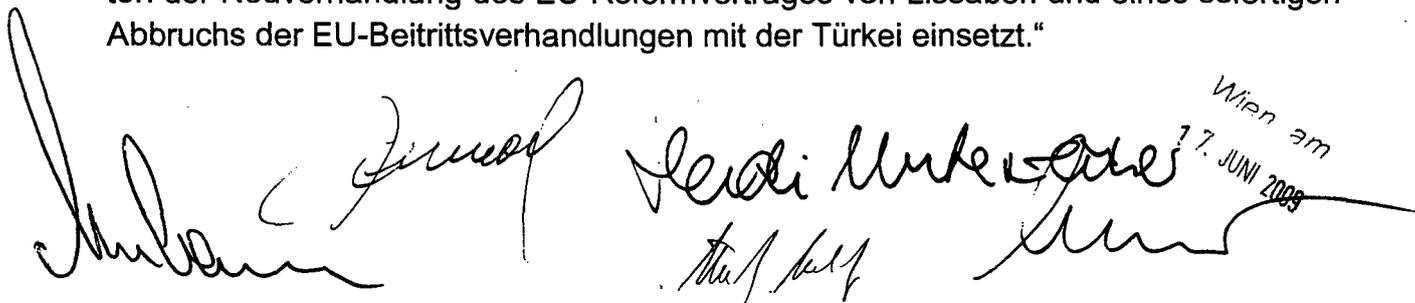
Denn Barroso hatte bereits die Gelegenheit, in den letzten fünf Jahren zu zeigen, dass er keineswegs in irgendeiner Form andere Wege zu beschreiten gedenkt – was er wohl in Zukunft auch nicht tun wird. Einhergehend mit einem nicht vorhandenen Willen – vor allem seitens der Konservativen – des europäischen Establishments, einen echten Kurswechsel – nicht zuletzt, aber auch als Lehre aus der Krise – zu vollziehen, steht zu befürchten, dass mit Barroso am Steuer der Kommission eben auch keine Kurswechsel der EU-Politiken vollzogen werden.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die zuständigen Mitglieder der Österreichischen Bundesregierung werden aufgefordert, auf europäischer Ebene, insbesondere am Europäischen Rat am 18. und 19. Juni 2009, einer Nominierung für den Präsidenten der Europäischen Kommission nur zuzustimmen, wenn die nominierte Person sich als Präsident der EU-Kommission für einen grundlegenden Richtungswechsel der Politik der EU unter den Gesichtspunkten der Neuverhandlung des EU-Reformvertrages von Lissabon und eines sofortigen Abbruchs der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei einsetzt.“



Wien am
17. JUNI 2009